

Mit der Jugend UNSER LAND BRAUCHT EINEN NEUEN ANFANG

Zum Leitantrag des Bundesvorstandes (II)

Am 21. September 1981 hat der Bundesvorstand den Leitantrag für den 30. Bundesparteitag in Hamburg verabschiedet. „Der Sinn des Leitantrages liegt nicht darin, zu den genannten vier Themen das Grundsatzprogramm der CDU neu aufzulegen. Er ist vielmehr darin zu sehen, das Grundsatzprogramm zu konkretisieren.“ (Heiner Geißler)

Die Soziale Marktwirtschaft erneuern

„Die Soziale Marktwirtschaft hat unserem Land einen hohen Lebensstandard und vielen Bürgern Wohlstand gebracht. Trotzdem fragen viele, ob unsere Wirtschaftsordnung den heutigen Bedürfnissen noch gerecht wird und den Anforderungen der Zukunft gewachsen ist. Sie sehen ihre natürlichen Lebensgrundlagen bedroht, unersetzbare Ressourcen über Gebühr angegriffen und Arbeitsplätze als Folge des rasanten technischen Fortschritts gefährdet. Vor allem bei jungen Menschen wachsen Zweifel und Unbehagen: Sie fragen nach dem Sinn wirtschaftlichen Wachstums und nach den menschlichen und sozialen Kosten einer ökonomisch erfolgreichen Gesellschaft. Immer mehr Menschen entdecken, daß es Dinge gibt, die einen Wert, aber keinen Preis haben“ (Leitantrag).

Die gegenwärtige Krise ist eine Chance, die geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft wieder voll zur Entfaltung zu bringen und dadurch die Krise zu überwinden. Dazu ist ein neuer Anfang in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erforderlich. Das bedeutet vor allem, daß Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wieder stärker in ihrem Zusammenhang gesehen werden müssen. Wirtschafts- und Sozialpolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Ist die Ordnung in einem Bereich gestört, hat dies schwerwiegende Folgen für die Ordnung im anderen Bereich und damit für die Soziale Marktwirtschaft im ganzen.

Wirtschaftliches Wachstum als geistige Herausforderung

Aus der Sicht der Gesamtbevölkerung zählt heute der Umweltschutz schon zu den fünf wichtigsten politischen Aufgaben. Das Verdienst ökologischer Denkanstöße ist es, einen Prozeß des Nachdenkens über die Ziele unserer Gesellschaft eingeleitet und die traditionelle Wachstumsdiskussion in neue Bahnen gelenkt zu haben.

Zunehmend wird erkannt, daß jede zukunftsgestaltende Wachstumspolitik jene Grenzen anerkennen muß, die in den drohenden Gefahren für die natürliche und soziale Umwelt liegen. Jede verantwortungsbewußte und zukunftsgestaltende Wachstumspolitik muß zugleich aber auch davon ausgehen, daß das anzustrebende Wirtschaftswachstum abhängig ist von der Größe der vor uns liegenden Aufgaben.

Wachstum ist notwendig, um

- *Zukunftsinvestitionen, z. B. im Energiebereich, zu finanzieren,*
- *dauerhaft neue Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern,*
- *die soziale Sicherung wieder auf solide finanzielle Grundlagen zu stellen,*
- *die Staatsverschuldung wieder auf ein vertretbares Maß zurückzuführen,*
- *die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern,*
- *unsere Verpflichtungen gegenüber den Ländern der Dritten Welt einzulösen,*
- *eine verantwortungsbewußte Umweltpolitik zu ermöglichen.*

Es ist deshalb eine zentrale Aufgabe, wirtschaftliches Wachstum im Rahmen eines ökologischen Gleichgewichts unter Wahrung des sozialen Friedens zu verwirklichen. Die CDU hat in ihrem Grundsatz- und umweltpolitischen Programm dem wachsenden ökologischen Problembewußtsein Rechnung getragen. Unser Grundsatzprogramm stellt fest:

„Wo Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.“ (Ziffer 84)

Die Verwirklichung der klassischen Ziele der Wirtschaftspolitik reicht nicht aus, um die Solidarität mit künftigen Generationen zu gewährleisten:

„Sie müssen daher um die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens erweitert werden.“ (Grundsatzprogramm, Ziffer 81)

Gefährdung der Wachstumsgrundlagen

Die Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft und Gesellschaft sind gefährdet. Es gilt, sie wieder voll zur Entfaltung zu bringen. Das mögliche wirtschaftliche Wachstum wird vor allem durch folgende Bremsklötze blockiert:

1. Die Eigenkapitaldecke der Unternehmen ist in den letzten Jahren immer dünner geworden. Allein von 1967 bis 1979 ist die Eigenkapitalbasis von 31,4% auf inzwischen 21,6% des Unternehmensvermögens zusammengeschrumpft. Es fehlt das Geld für Investitionen.

Hinter dieser Eigenkapitalverkürzung von knapp 10 Prozent verbirgt sich eine beträchtliche Substanzauszehrung bei den deutschen Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Baugewerbes und des Groß- und Einzelhandels. Ihre Größenordnung, gemessen an der Bilanzsumme, gipfelt 1979 in einer Eigenkapitallücke von nicht weniger als 144 Mrd. DM. Im Vergleich: Diese Kapitallücke entspricht damit allen 79er-Einnahmen aus der Lohn-, Einkommen-, Grund- und Brantweinsteuer.

Wir müssen also die Unternehmen wieder in die Lage versetzen, mehr zu investieren. Gleichzeitig müssen wir eine weitere Konzentration der Vermögen verhindern. Eine Möglichkeit, diesem Finanzierungsproblem entgegenzuwirken und gleichzeitig mehr soziale Gerechtigkeit zu bewirken, ist die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand. Auch hier hat es in den letzten 10 Jahren keinen Fortschritt gegeben.

Wäre z. B. 1972 der von der CDU/CSU im Deutschen Bundestag eingebrachte „Burgbacherplan“ in die Tat umgesetzt worden und nicht am Widerstand von SPD und FDP gescheitert, könnten die deutschen Arbeitnehmer heute über ein zusätzliches Produktivvermögen von rund 60 Mrd. DM verfügen.

Deshalb fordert der Leitantrag:

„Um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen, werden wir die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken und die Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beseitigen. Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine zwingende gesellschaftspolitische Notwendigkeit und zugleich eine wichtige Möglichkeit, die Eigenkapitalbildung zu verbessern.“

2. Der Staat macht zwar zunehmend Defizite bei seinem Geldvermögen, verfügt aber gleichzeitig über ein hohes Sachvermögen. Eine Privatisierung der in staatlichem Besitz befindlichen Großunternehmen leistet einen Beitrag

- zu mehr Marktwirtschaft und weniger Staatswirtschaft,
- zu einer verstärkten Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
- zu einer Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Auf diese Weise tragen wir auch gleichzeitig zu einer Entlastung der Bürger und der Wirtschaft durch Steuern und Abgaben bei.

Nach dem Dritten Hauptgutachten der Monopolkommission vom 17. Juli 1980 beträgt z. B. der Kapitalanteil des Bundes bei

— VEBA	ca. 44 %
— VW	ca. 20 %
— Salzgitter	100 %
— Deutsche Lufthansa	über 70 %
— Vereinigte Industrieunternehmen AG (VIAG)	100 %

3. Wir brauchen eine sichere Energieversorgung zu vernünftigen Preisen. Der zweite Ölpreis-Schock von 1979/80 hat die deutsche Volkswirtschaft ebenso empfindlich getroffen wie der erste von 1973/74. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen ging 1980 die Hälfte des bei „normaler“ Ölpreisentwicklung erzielbaren Wirtschaftswachstums verloren.

Die Bürger leiden zunehmend unter dem Druck der steigenden Energiepreise. So lagen 1980 die Preissteigerungen z. B. für Gas bei 17,5%, für Kohle bei 13,4% und für Heizöl bei 14,7%.

Ein Vierpersonenhaushalt mußte im Jahre 1979 rund dreimal soviel für Energie ausgeben wie 1970 (ohne Benzin!). Die Energierechnung kletterte von ca. 51 DM auf 149 DM monatlich.

Die langfristige Sicherung der Energieversorgung zu möglichst günstigen volkswirtschaftlichen Kosten macht einen Ausbau der Stromerzeugung unverzichtbar. Strom läßt sich am kostengünstigsten in Kernkraftwerken herstellen. So liegen die Stromerzeugungskosten 1981 in Kernkraftwerken zwischen 8 und 10 DM/KW, bei Steinkohlekraftwerken zwischen 13 und 14,60 DM/KW und in Heizölkraftwerken zwischen 14,50 und 15,60 DM/KW

Nicht nur steigende Energiepreise, sondern auch eine verfehlte Politik hat die aktuelle Energiesituation verursacht. Zusätzlich wird die Investitionstätigkeit durch eine hohe Rechtsunsicherheit gebremst. Die Folge: allein auf dem Energiesektor liegt ein Investitionsvolumen von ca. 30 Mrd. DM brach.

4. Die Bürokratisierung der Gesellschaft zeigt sich auch in der zunehmenden Zahl der Staatsdiener. 1969 gab es fast 3 Mio. Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst. 1978 waren es bereits über 3,5 Mio. — das sind ca. 20% mehr. Ginge diese Entwicklung so weiter, so müßten im Jahr 2043 alle Erwerbstätigen im Staatsdienst beschäftigt sein. Tatsächlich käme es jedoch darauf an, die — im engeren Sinne — produktiven Bereiche unserer Volkswirtschaft zu stärken.

5. Die Steuer- und Sozialabgaben stiegen von 1970 bis 1980 fast doppelt so schnell wie die Bruttolöhne und -gehälter. Die Löhne und Gehälter stiegen um 119%, die Steuer- und Sozialabgaben um 189%.

Von jeder zusätzlich verdienten Mark muß der Arbeitnehmer heute die Hälfte an Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen. Im Jahr 1969 waren es nur rund 30 Pfennige. Von den Abgaben explodierte vor allem die Lohnsteuer. Das Lohnsteueraufkommen betrug 1980 das Vierfache von 1969.

Der Anteil des Staates am Sozialprodukt hat erheblich zugenommen. Diese sogenannte Staatsquote stieg von 38,0% im Jahr 1970 auf 47,5% im Jahr 1981. Dabei entspricht 1 Prozentpunkt rund 15,6 Mrd. DM.

Die Staatsverschuldung hat sich dramatisch erhöht und den Staat an die Grenzen der Handlungsfähigkeit gebracht. Allein beim Bund hat sich seit 1970 die Verschuldung um 185 Mrd. DM auf einen Stand von 232 Mrd. DM im Jahr 1980 erhöht.

Eine Einschränkung der Subventionstätigkeit könnte einen bedeutenden Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Finanzprobleme leisten. So nennt der Subventionsbericht der Bundesregierung 116 Finanzhilfen und 127 verschiedene Steuervergünstigungen. Hinzu kommen noch Subventionen, die die Länder, Gemeinden und EG in eigener Regie gewähren. Insgesamt haben der Bund und die Länder im Jahr 1980 rund 54 Mrd. DM an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen gewährt.

Der Leitantrag nennt konkrete Maßnahmen (Kürzung der Gesamtsumme der Subventionen um 5%, Entbürokratisierung, weniger Steuern und Abgaben), die einen neuen Aufschwung der Wirtschaft bewirken. Von der SPD unterscheidet sich die CDU dabei grundsätzlich:

„Während die SPD Steuern und Schulden erhöhen will, um den staatlichen Aktionsradius zu erweitern, will die CDU Steuern und Schulden vermindern mit dem Ziel, staatliche Aufgaben zu beschränken und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben so weit wie möglich in die Hände der Bürger selber und ihren freien Organisationen zu legen.“ (Leitantrag)

Belastungen des Arbeitsmarktes und Kosten der Arbeitslosigkeit

Seit Mitte der 70er Jahre hat sich die Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Problem von Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt. SPD/FDP haben es nicht vermocht, der Millionenarbeitslosigkeit Herr zu werden. Allein bis 1985 wird das Erwerbspotential im Jahresdurchschnitt um rund 200 000 Personen, insbesondere junge Menschen, zunehmen, die einen Arbeitsplatz erhalten müssen. Rückläufige Wachstumsraten der Wirtschaft zu Beginn der 80er Jahre, der Strukturwandel unserer Wirtschaft sowie die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Dienstes können die Situation am Arbeitsmarkt zusätzlich verschärfen.

Die Schäden der Arbeitslosigkeit gehen weit über den Produktionsausfall hinaus, die menschlichen sind noch größer als die materiellen. Arbeit ist eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgehoben werden. Deshalb müssen zur Erreichung der Vollbeschäftigung alle geeigneten Mittel ausgeschöpft werden.

Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland werden durch Arbeitslosigkeit erheblich belastet. Die Bundesregierung hat die Kosten der öffentlichen Haushalte durch Arbeitslosigkeit in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie folgt quantifiziert:

„1. Je 100 000 Arbeitslose im Durchschnitt des Jahres 1981 kosten die öffentlichen Haushalte insgesamt rund 1,8 Mrd. DM. Hinzu kommen nicht quantifizierbare Belastungen in mehreren Bereichen (z. B. Sozialhilfe, Bundesausbildungsförderungsgesetz).

- 2. Je 100 000 Arbeitslose haben auf die einzelnen Bereiche folgende Auswirkungen:*
- a) Die Mehrausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe einschließlich der Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung belaufen sich auf 1,197 Mrd. DM.*
 - b) Die Einnahmeausfälle der Bundesanstalt für Arbeit betragen 85,9 Mio. DM.*
 - c) Die Einnahmeausfälle bei der gesetzlichen Krankenversicherung betragen ca. 100 Mio. DM; in der gesetzlichen Rentenversicherung belaufen sie sich auf ca. 150 Mio. DM.*
 - d) Die Ausfälle bei der Lohnsteuer liegen nach grob überschlägiger Rechnung bei rund 175 Mio. DM.“*

Hinzugerechnet werden müssen weitere kleinere und in ihren finanziellen Auswirkungen schwer quantifizierbare Mehrausgaben und Mindereinnahmen. (Deutscher Bundestag, Drucksache 9/311).

Nicht berücksichtigt bei diesen Zahlen und den nachfolgenden Zahlenangaben ist die Wertschöpfung, die durch Arbeitslosigkeit der Volkswirtschaft als ganzer verloren geht. Arbeitslosigkeit müssen wir alle teuer bezahlen.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft rechnet im kommenden Jahr mit 1,75 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt. Erweist sich diese Prognose als richtig, würden die öffentlichen Kassen im Jahr 1982 gegenüber 1981 zusätzlich um insgesamt 9,9 Milliarden DM belastet.

In ihren Haushaltsplanungen für das Jahr 1982 geht die Bundesregierung von 1,4 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt aus. Sollte sich die Prognose des Kieler Instituts für Weltwirtschaft als richtig erweisen, müßten die Ansätze z. B. bei der Bundesanstalt für Arbeit um 4,19 Milliarden DM nach oben und die Ausfälle bei der Lohnsteuer um 612,5 Milliarden DM nach unten korrigiert werden.

Nach Prognosen und Modellrechnungen der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute besteht die Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren auf über 2 Millionen ansteigt. Wirtschaftswachstum allein wird nicht ausreichen, Vollbeschäftigung wiederherzustellen.

„Die Vorstellung, die Arbeitslosigkeit allein über mehr Wachstum beseitigen zu können, halten wir aufgrund der ungünstigen Ergebnisse unserer Modellrechnungen gleichwohl für unreal.“ (Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Ifo-Schnelldienst, 26. Juni 1978)

Wirtschaftliches Wachstum ist eine Grundvoraussetzung zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Es gilt die Faustregel, daß 1% zusätzliches Wachstum die Arbeitslosigkeit um 100 000 Arbeitslose verringert. Allerdings ist zu befürchten, daß auch bei optimistischen Annahmen durch wirtschaftliches Wachstum allein in den nächsten Jahren Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinn nicht zu erreichen ist.

Deshalb sind neue Strategien einer qualitativen Arbeitsmarktpolitik erforderlich, um eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verhindern, die aus der Arbeitslosigkeit resultierenden Belastungen der öffentlichen Kassen zu senken und zugleich dem einzelnen einen größeren Freiheitsspielraum in der Bestimmung seiner Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit zu ermöglichen.

Flexible Arbeitszeit

Das Angebot flexibler Arbeitszeiten ist ein wesentliches Instrument, die Zahl der Arbeitsplätze zu vermehren, damit mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Im August 1981 waren rund 210 000 Frauen, die einen Teilzeitarbeitsplatz suchten, arbeitslos gemeldet. Dem stand ein Stellenangebot von 15 300 Teilzeitarbeitsplätzen gegenüber.

Nach einer Untersuchung des Emnid-Institutes (Frühjahr 1980; es wurden 4 036 Personen befragt) haben neben den 12% der Arbeitnehmer, die bereits jetzt teilzeitarbeiteten, weitere 11% Interesse an einer Teilzeitarbeit. Ein zusätzliches Angebot an Teilzeitarbeit würde insbesondere bei Frauen bis zu 34 Jahren und älteren Arbeitnehmern Anklang finden.

Nach einer Untersuchung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Jahre 1978 wiesen knapp 61 % der 9 037 untersuchten Vollzeitarbeitsplätze keine Teilzeithemmnisse auf und werden als teilbar angesehen.

Die Untersuchungen belegen also, daß ein erhebliches Potential zum Angebot von Teilzeitarbeit besteht, das zur Minderung von Arbeitslosigkeit beitragen kann.

Gleiches gilt für das Angebot, früher als bisher (gegenwärtig liegt die flexible Altersgrenze bei 63 Jahren) oder stufenweise aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu können, unter Hinnahme versicherungsmathematischer Abschläge bei der Altersversorgung. Es ist zu erwarten, daß insbesondere Arbeitnehmer mit einer zusätzlichen betrieblichen oder individuellen Altersversorgung das Angebot einer flexiblen Altersgrenze in Anspruch nehmen.

Aus Umfragen ist zu schließen, daß ein hoher Prozentsatz aller Arbeitnehmer eine Herabsetzung des Rentenalters wünscht. Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vom Februar 1980 sprechen sich auf die Frage: „Einmal angenommen, die Arbeitszeit wird verkürzt. Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Möglichkeiten aufgeschrieben. Welche davon finden Sie am besten, welche wäre Ihnen am liebsten?“ 29,7% der Befragten für eine Herabsetzung des Rentenalters aus. Von den 50- bis 64jährigen sind es sogar 49,4%. Daraus kann auf eine große Bereitschaft geschlossen werden, auch bei einer geringeren Rente aus dem Erwerbsleben auszuscheiden.

Produktive Sozialpolitik

Die enorme nominale Steigerung der Sozialleistungen hat nicht die Beseitigung gravierender sozialer Probleme bewirkt. Für eine wachsende Zahl von Bürgern haben sich die sozialen Probleme sogar verschärft. Das gilt insbesondere für Familien, arbeitslose Frauen, ältere Mitbürger. Nach wie vor ist die soziale und wirtschaftliche Situation von einer Vielzahl ungelöster, zum Teil sogar sich verschärfender Probleme gekennzeichnet. Dies spricht für eine geringe soziale und wirtschaftliche Effizienz der eingesetzten Mittel.

Deutlich verringert haben sich im Rahmen des Sozialbudgets die Anteile, die auf die Familie entfallen. Im Jahr 1969 kamen der Familie noch 20% der gesamten Sozialbudgetleistungen zugute; 1980 waren es nur noch 14,3%.

Darin spiegelt sich wider, welche geringe Bedeutung die Politik von SPD/FDP der Familie beimißt. Diese verfehlte Politik führt in eine zusätzliche finanzielle Belastung kinderreicher Familien. Dies ist eine Ursache für den dramatischen Rückgang der Geburten, der die Existenzgrundlage kommender Generationen und den Bestand des Generationenvertrages gefährdet: Familien- und Rentenpolitik stehen deshalb in einem engen Zusammenhang; diesem Zusammenhang muß im Rahmen einer zukunftsorientierten Politik Rechnung getragen werden.

Die Frage der Belastung der künftigen Generation und der Sicherung des Generationenvertrages sind ethische Grundfragen und Grundsatzfragen der Politik. Das Verhältnis von Renten- und Beitragszahlern wird sich in Zukunft dramatisch verändern. Dies zeigt folgende Tabelle, die das zukünftige Verhältnis der Renten zu den Erwerbspersonen widerspiegelt:

Verhältnis der Renten zu den deutschen Erwerbspersonen (Rentenlastquotient)

Jahr	Deutsche Erwerbspersonen in 1 000	Anzahl der Renten in 1 000	Rentenlastquotient Sp. 3 i. v. H. Sp. 2
1	2	3	4
1975	24 472	10 718	43,80
1980	24 734	12 145	49,10
1985	25 237	12 972	51,40
1990	25 547	12 872,7	50,39
1995	24 870	12 601,3	50,67
2000	24 143	13 027,7	53,96
2005	23 290	13 144,5	56,44
2010	22 476	12 624,8	56,17
2015	21 442	12 403,1	57,84
2020	20 000	12 445,8	62,23
2025	18 305	12 917,9	70,57
2030	16 687	13 205,6	79,14

Quelle: Die Angestellten-Versicherung, 26. Jahrgang, Januar 1979

Bei Beibehaltung des Geburtenniveaus von 1977 werden nach dem Jahr 2000 wachsende Belastungen durch Renten auf die dann Erwerbstätigen zukommen. Sie liegen nach dem gegenwärtigen Stand der Berechnungen im Jahr 2030 um 81 % höher als im Jahr 1975. Wir müssen deshalb den Generationenvertrag zu einem Dreigenerationenvertrag ausbauen:

„Eine der wichtigsten Neuen Sozialen Fragen ist die Sicherung des Generationenvertrages. Er kann nur Bestand haben, wenn die jeweils arbeitende Generation durch ihre Beiträge für die Sicherung der Alterseinkommen und gleichzeitig durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft sorgt. Der Generationenvertrag umfaßt also drei Generationen. Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrages anerkannt werden.

Dieser Dreigenerationenvertrag ist heute gefährdet. Unsere Gesellschaft ist kinderfeindlich geworden. Wir werden auch weiterhin besonders die kinderreichen Familien ideell und materiell unterstützen.“ (Leitantrag)